

Ä1

Antrag

KjG Bundeskonferenz 2022

Antragsteller*innen: DV Speyer

Titel: **Ä1 zu A8: Maßnahmen Inklusion
Bundesverband**

Titel

Ändern in:

Ergänzung der Inklusionsmaßnahmen im Bundesverband

Begründung

Der Titel lässt nicht klar erkennen, dass es sich um eine Ergänzung des Antrages "Inklusionsmaßnahmen" vom Herbstbundesrat 2021 handelt. Wir explizieren dies mit der Änderung.

Ä2

Antrag

KjG Bundeskonferenz 2022

Antragsteller*innen: Ina Neumann (DV Köln)

Titel: **Ä2 zu A8: Maßnahmen Inklusion
Bundesverband**

Antragstext

Von Zeile 8 bis 9:

1.1. Maßnahmen für ~~die Motivation zur Teilnahme/Teilhabe~~ Teilnahme- und
Teilhabemöglichkeiten an KjG Aktivitäten durch die Bundesebene

Begründung

Motivation verschiebt m.E. die Verantwortung zu den TN, die durchaus motiviert sein können, denen aber Zugangsmöglichkeiten fehlen können.

Ä3

Antrag

KjG Bundeskonferenz 2022

Antragsteller*innen: DV Freiburg & DV Köln

Titel: **Ä3 zu A8: Maßnahmen Inklusion
Bundesverband**

Antragstext

Von Zeile 25 bis 26 einfügen:

Entwicklungen im Bereich der Geschlechtervielfalt im Blick zu behalten und auf neue Entwicklungen zu reagieren. Auch soll im Austausch mit Interessensvertretungen ein geeignetes Wording für Menschen gefunden werden, die sich nicht der binären Geschlechtsstruktur zuordnen können oder möchten. Die Bundesleitung vertritt dieses Anliegen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und setzt sich dafür ein, dass eine inklusive Formulierung rechtlich verankert wird.

Begründung

"Divers" wurde vom Bundestag als dritte Eintragungsoption im Personenstandsregister verabschiedet. Hier sollen inter* Personen abgebildet werden. Dafür bedarf es vieler Nachweise, der Eintrag ist also nicht niedrighschwellig erreichbar. Darüber hinaus ist "Divers" eine Fremdbezeichnung, die als Überbegriff für inter* und nicht-binäre Menschen aufgrund der o.g. Ausschlusskriterien kritisiert wird.

Da bei der KjG die Selbstwahrnehmung im Bezug auf die geschlechtliche Identität

im Vordergrund steht möchten wir uns dafür aussprechen, dass das Wording geöffnet und erweitert wird.

Die Bundesleitung soll sich gegenüber Politik dafür einsetzen, dass ein geöffneter Begriff rechtlich Verankert werden kann, damit die Diözesanverbände ihre Satzung (weitestgehend) widerstandslos diskriminierungsfrei gestalten können.